

Wirtschaftspolitische Positionen der IHK-Organisation 2017

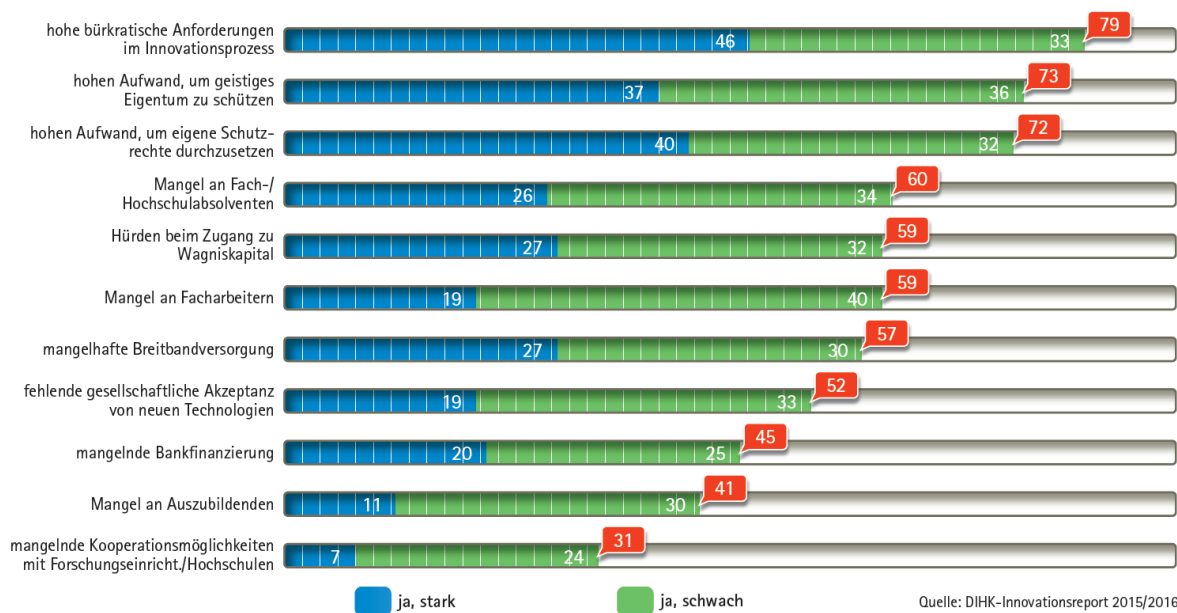
FORSCHUNG UND INNOVATION: Fachkräfte sichern, Forschungsförderung effizient gestalten

Die wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation (WiPos) zeigen der Politik konkrete Handlungsfelder für eine gute Wirtschaftspolitik auf. Die WiPos geben die abgestimmte Meinung der IHKs und deren Mitglieder wieder. Sie wurden am 30. März 2017 von der DIHK-Vollversammlung beschlossen.

Forschung und Innovation: Fachkräfte sichern, Forschungsförderung effizient gestalten

Innovative Lösungen entstehen in technologieoffenen Such- und Entdeckungsverfahren, nicht durch Auswahl „von oben“. Zur Stärkung des Innovationsstandorts Deutschland sollte die Politik die Innovationsförderung gemeinsam mit der Wirtschaft weiterentwickeln und auf Effizienz prüfen, sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für private FuE-Aktivitäten verbessern. Dies kann helfen, den Anteil der Ausgaben für FuE auf über drei Prozent zu steigern. Mit Blick auf die Digitalisierung sollten IHKs, Verbände, Politik, Wissenschaft und andere relevante Akteure gemeinsam die Unternehmen für neue Geschäftsmodelle sensibilisieren und bei der Entwicklung geeigneter Strategien unterstützen.

Einschränkung der Innovationsaktivitäten durch ... (in %)



Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Bürokratie abbauen und Verfahren vereinfachen
- Bewährte Förderprogramme besonders für den Mittelstand stärken
- Nicht-technologische Innovationen in den Blick nehmen
- Stärkung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft nötig
- Wagniskapitalmarkt beleben

Bürokratie abbauen und Verfahren vereinfachen

Bürokratie bremst Innovationen: Hohe bürokratische Anforderungen im Innovationsprozess machen vielen Unternehmen zu schaffen. Darunter fällt z. B. Zeit- und Kostenaufwand bei Zulassungs- und Genehmigungsverfahren, der den Erfolg von Markteinführungen und das Wachstum von innovativen Unternehmen erschwert. Aber auch regulatorische Anforderungen, z. B. beim Umgang mit chemischen Stoffen, belasten die Unternehmen und können Innovationen erschweren.

Was zu tun ist: Die Entschlackung von Verfahren können die Unternehmen dabei unterstützen, ihre Innovationsfähigkeit zu verstärken. Dazu sollte die Politik hierzulande Gesetzesvorschläge auf Innovationsfreundlichkeit prüfen und Innovationshemmnisse, die sich aus dem geltenden Recht für Unternehmen ergeben, abbauen. Auf europäischer Ebene sollte sich die deutsche Politik für den Abbau von Innovationshemmnissen im EU-Recht einsetzen.

Bewährte Förderprogramme für den Mittelstand stärken

Innovationsaktivitäten des Mittelstands bleiben zurück: Die Innovationsfähigkeit von KMU steht häufig der von größeren Unternehmen nach, bedingt durch eingeschränkte Möglichkeiten bei der Finanzierung oder auch der Strategieentwicklung im Forschungs- und Entwicklungsprozess. Als Innovationspartner sind KMU auch bei den Forschungseinrichtungen unterrepräsentiert. Zudem drohen derzeit große Teile des Mittelstands den Anschluss bei der Digitalisierung zu verpassen. Die Hightech-Strategie der Bundesregierung hat u. a. als Ziel, die Innovationsdynamik von KMU zu erhöhen. Erste Maßnahmen wie z. B. vereinfachte Fördermaßnahmen für den Mittelstand sind auf den Weg gebracht.

Was zu tun ist: Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM), die Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF) und „KMU-innovativ“ sind hilfreiche Förderinstrumente gerade für mittelständische Unternehmen. Die Bundesregierung sollte sie ausreichend und gesichert finanzieren. Die Mittel für das ZIM und die IGF sollten angesichts enorm gestiegener Antragszahlen und des Rückgangs der Innovationsaktivitäten des Mittelstands sogar deutlich steigen. Das Programm KMU-innovativ, das Spitzenforschung im Mittelstand unterstützt, sollte weitere Technologiefelder einschließen. Insgesamt brauchen innovative Unternehmen eine auch im internationalen Vergleich einfachere, transparentere und unbürokratischere Forschungsförderung mit zügigen Bearbeitungszeiten. Ein weiterer wichtiger Baustein für die Erhöhung der Innovationsaktivitäten ist eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung, wenn sie nicht zu Lasten der bewährten themenoffenen Projektförderung geht und von einer umfassenden Steuerreform begleitet ist.

Nicht-technologische Innovationen in den Blick nehmen

Innovationspotenziale durch die Digitalisierung: Im Zuge der Digitalisierung treten nicht nur neue Innovationsformen und -methoden wie z. B. Open Innovation, sondern auch digitale Geschäftsmodell- und Prozessinnovationen stärker in den Vordergrund. Zugleich gewinnen nicht-technologische wie z. B. soziale Innovationen zunehmend an Bedeutung.

Was zu tun ist: Eine Sensibilisierungskampagne für Open-Innovation von IHKs, Politik, Wissenschaft und anderen relevanten Akteuren könnte diese Innovationsform bekannter machen. Die öffentliche Förderung von Geschäftsmodell- und Prozessinnovationen sowie nicht-technologischen Innovationen sollte mit flexiblen Instrumenten erfolgen, z. B. mit Wettbewerben. Diese Angebote sollten zeitlich begrenzt sein und evaluiert werden.

Stärkung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft nötig

Mit Kooperationen zu Innovationen: Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft schafft neues Wissen, zusätzliche Wertschöpfung und dient der Gewinnung von Fachkräften. Allerdings gibt es bei der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft Hemmnisse aufgrund verschiedener Zielsetzungen sowie unterschiedlicher Kulturen und Sprachen in beiden Bereichen. Knapp 30 Prozent der innovationsaktiven Unternehmen sind bislang noch mit keiner Hochschule oder Forschungseinrichtung in Kontakt getreten.¹

Was zu tun ist: Zur Stärkung des Technologietransfers sollten sich Hochschulen und Forschungseinrichtungen noch weiter als bisher für eine Zusammenarbeit mit Unternehmen – besonders auch KMU – öffnen. Der Technologietransfer sollte stärker im Fokus der Hochschulen und Forschungseinrichtungen stehen. Dazu benötigen sie die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen. Dabei wäre es auch ein wichtiges Signal an die Unternehmen, wenn Hochschulen und öffentlich finanzierte Forschungseinrichtungen Informationen über fachliche Ansprechpartner klar kommunizieren. Hilfreich sind auch Überblicks-/Suchportale zu FuE- und Transferkompetenzen.

¹ Siehe DIHK-Innovationsreport 2015/2016.

Wagniskapitalmarkt beleben

Zu wenig Wagniskapital: Der deutsche Wagniskapitalmarkt ist im internationalen Vergleich schwach entwickelt, obgleich sich die Situation dank der guten wirtschaftlichen Lage für einige Unternehmen bzw. in einigen Regionen verbessert hat. Auch gibt es hierzulande relativ wenig so genannte Business Angels – mit nachteiligen Auswirkungen auf Unternehmensgründungen und Produktentwicklungen in der Hoch- und Spitzentechnologie.

Was zu tun ist: Die Maßnahmen der Bundesregierung zur verbesserten Möglichkeit des Verlustvortrages sind ein wichtiger Schritt zur Belebung des hiesigen Wagniskapitalmarkts. Darüber hinaus sollte sie gesetzlich regeln, wann ein Wagniskapitalfonds steuerpflichtig ist, um die Gefahr der Doppelbesteuerung des Fonds und der Anleger zu vermeiden.

Die IHK-Organisation trägt hierzu bei unter anderem durch:

- 140 Innovations- und Technologieberaterinnen und -berater in 79 IHKs, die den Unternehmen in allen Fragen zu Innovation, Forschung und Entwicklung sowie Wissenstransfer zur Seite stehen
- über 9.000 Beratungsgespräche und mehr als 1.600 Veranstaltungen für Unternehmen pro Jahr
- Analysen und Befragungen, z. B. DIHK-Innovationsreport
- Organisation von unternehmensübergreifenden Innovationsnetzwerken